

K-3-6-4291 VI Bildung

Antragsteller*in: Madeleine Linke (KV Magdeburg)

Text

Von Zeile 4291 bis 4292 einfügen:

müssen auch entsprechend finanziell gewürdigt werden und für junge Menschen attraktiv sein zu erlernen.

Berufsbildende Schulen sind wesentlicher Bestandteil einer zukunftsfähigen Aus- und Weiterbildung in Sachsen-Anhalt. Sie übernehmen Verantwortung in der Lernortkooperation mit Betrieben, vermitteln soziale Kompetenzen und wichtige theoretische Lerninhalte und werden gerade vor dem Hintergrund gestiegener Weiterbildungsanforderungen im Rahmen des Strukturwandels an Bedeutung gewinnen. Die staatlichen und privaten Berufsschulen sind allerdings sehr unterschiedlich aufgestellt. Wir werden daher mit den Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen, Kammern und den Landkreisen einen Berufsschulpakt schließen und dafür Sorge tragen, dass die Standorte der Berufsbildenden Schulen bedarfsentsprechend weiter entwickelt werden. Im Rahmen eines Berufsschulmonitors wollen wir die spezifischen Herausforderungen an den Standorten ermitteln und evaluieren.

Begründung

Berufsbildende Schulen sind in das föderale Verantwortungsnetzwerk eingebunden. Probleme des Lehrermangels oder der Ausgestaltung der Rahmenlehrpläne liegen beim Land. Die Ausstattung und Bauliche Substanz verantworten die Landkreise als Schulträger. Laut Ausbildungsreport der DGB-Jugend sind nur 61 % der Auszubildenden zufrieden mit der fachlichen Qualität des Unterrichts an Berufsbildenden Schulen, dies liegt oft an einem Mangel an zeitgemäßer und berufsspezifischer Ausstattung. Auch im Hinblick und Anbindung an den Nahverkehr gibt es viel zu tun. Die Kooperation mit Betrieben, Bildungsträgern und Kammern erfolgt über das Personal und auch die Leitungsebenen in der Landesverwaltung. Um Stück für Stück die Situation der berufsbildenden Schulen zu verbessern ist es daher wichtig institutionalisierte Gespräche mit allen Beteiligten zu führen und den konkreten Handlungsbedarf über eine Erhebung, den sogenannten Berufsschulmonitor, zu ermitteln. In einem Berufsschulmonitor kann u. A. auch die Situation in und mit den Wohnheimen für Auszubildende evaluiert werden. Der Berufsschulpakt könnte dabei an den Landesausschuss für Berufsbildung oder den Fachkräftesicherungspakt andocken.